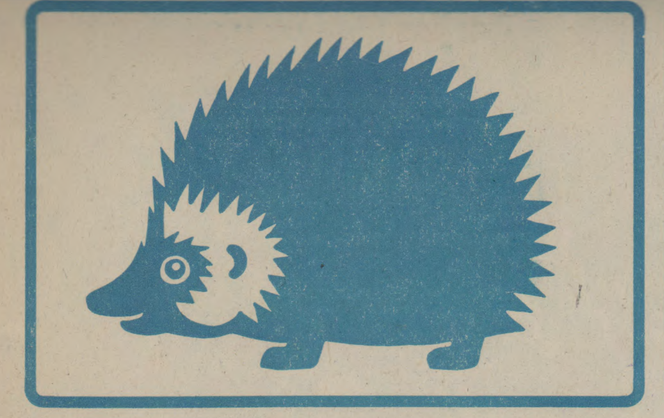


Stachel

mit Berlin-Extra

ALTERNATIVE LISTE

ZEITUNG FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ

Am 10. Oktober - auf nach Bonn

Demonstration und Kundgebung gegen die atomare Bedrohung

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderer Weise bedroht.

Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10.10.1981 in Bonn auf.

○ Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa

○ Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.

○ Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt, noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.

○ Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannspolitik ergreifen.

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.
Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.



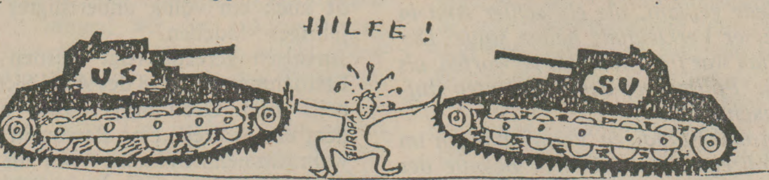
Mehr als 25.000 Teilnehmer zählte die friedliche Demonstration am vergangenen Sonntag, die an der Stelle vorbeiführte, an der Klaus-Jürgen Rattay am 22.9. starb.

Die Debatte um die richtige Strategie der Friedensbewegung wird nicht nur in der AL sehr kontrovers geführt. Wir dokumentieren deshalb zusätzlich zum offiziellen Aufruf zur Friedensdemonstration den Aufruf der Göttinger autonomen Gruppen:

Seit dem Amtsantritt der neuen US-amerikanischen Regierung hat sich die Gefahr von kriegerischen Auseinandersetzungen in nahezu allen Regionen der Erde deutlich verschärft. Reagan, Haig, Weinberger, die Nato-Generäle und das hinter ihnen stehende Kapital haben die ökonomischen und militär-strategischen Ziele der USA neu bestimmt. Ein wesentlicher Ausdruck dieser Politik ist der Versuch, die weltweite Ausdehnung der amerikanischen Einflußzonen und die Schaffung neuer Rohstoff- und Absatzmärkte mit allen Mitteln imperialistischer Politik durchzusetzen:

— diplomatische Aufwertung und Unterstützung aller Art für rassistische und faschistische Folterdiktaturen wie Südkorea oder Südafrika
— Installierung von reaktionären Militärregierungen in ‚labilen' Zonen wie in der Türkei
— militärische Provokationen wie in Lybien und direkte Interventionen wie in Mittelamerika

Seit dem zweiten Weltkrieg gibt es feste Einflußgebiete der beiden Großmächte USA und UdSSR. Beide haben die Souveränität anderer Staaten immer wieder mißachtet: Vietnam, Chile, El Salvador, CSSR, Afghanistan.
Zur Zeit versuchen die USA, mit einem gigantischen Rüstungsprogramm, gerade im atomaren Bereich, die Sowjetunion niederzurüsten. Die Sowjetunion wird ihrerseits versuchen, darauf eine militärische Antwort zu finden. Das tödliche Rüstungskarussell wird so seine Fortsetzung finden.
Mit dem Nato-Nachrüstungsbeschluß der Stationierung von Pershing II Raketen und Cruise Missiles soll Europa zum Schauplatz eines begrenzten Atomkrieges werden. Ziel dieser Rüstungsprogramms ist es, die Sowjetunion niederzuwerfen. - Die Stationierung dieser Mittelstreckenraketen müssen wir unbedingt verhindern. Während in andereren NATO-Mitgliedsländern der Widerstand gegen die „Nachrüstung" auch auf Regierungsebene wächst, macht sich die Bundesregierung zum eifrigsten Verfechter des NATO-Doppelbeschlusses. Neben der Unterstützung der verbrecherischen US-Politik verfolgt die BRD eigenständige politische und wirtschaftliche Interessen. Dies zeigt die Errichtung der Militärdikaturen in der Türkei und ihre Stützung durch wirtschaftliche und militärische Hilfe.



Sonderbusse nach Bonn

Abfahrt Fr.9.10. abends
Rückkehr Sa.10.10.abends
Fahrpreis: 60,-DM
Anmeldung im AL-Büro
☎ **861 29 14 oder 861 44 49**

Solange die USA uns zum Schlachtfeld machen wollen, solange sie ihre Soldaten und Raketen hier stationiert haben, solange werden wir im Kriegsfall den Kopf hinhalten müssen, auch ohne Mittelstreckenraketen und Neutronenbombe.. Die Bundesrepublik muß deshalb eine Politik der Blockfreiheit anstreben. Das kann nur durch eine Trennung von den USA und der NATO erreicht werden. Erst wenn die Forderung nach Auflösung der NATO und Warschauer Pakt erfüllt ist, besteht Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in Europa.

Dieser von der BRD unterstützen agressiveren Politik nach außen entspricht eine zunehmende Militarisierung der Gesellschaft: Rekrutenvereidigung, Frauen zur Bundeswehr usw. Widerstand gegen diese Politik wie am 6. Mai 81 in Bremen wird massiv verfolgt und kriminalisiert. So wurden bei der Anti-Haig-Demo in Berlin-West etwa 100 Menschen ohne jede Begründung in Vorbeugehaft genommen.
Demgegenüber verstehen wir unter Friedenspolitik eine Politik
- die eine Gesellschaft anstrebt, in der es Gewalt von Menschen gegen Menschen, Ausbeutung der Menschen durch den Menschen und Raubbau an der Natur nicht mehr geben wird;
- die darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Verhältnisse zu erreichen, die im Innern aller Länder Selbstbestimmug und Freiheit gegenüber herrschenden Gewaltverhältnissen bedeuten;
- die darauf zielt, daß alle Völker und Länder ihren eigenen Entwicklungsweg nehmen und selbst bestimmen können;
- die sich gegen alle Formen von Bevormundung, Einmischung, Besetzung und Ausplünderung wendet;
- die deshalb den Abzug aller Truppen von fremden Territorien fordert.

Der Kampf für Frieden und gegen den Krieg ist mit der Demonstration in Bonn nicht zuende. Er beginnt erst richtig!

Wir rufen alle Menschen auf, sich an der Demonstration am 10. Oktober zu beteiligen.
Weg mit dem „Nach"rüstungsbeschluß!
Bundesrepublik raus aus der NATO!
Auflösung aller Militärblöcke!
Eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa!
Vernichtung aller Atom- und Massen-

Liebe Leser,

die Ereignisse der letzten Wochen gehen auch an der Oktoberausgabe des Stachel nicht spurlos vorüber. Zur ausführlichen Berichterstattung über die laufenden Aktivitäten des Berliner Häuserkampfes haben wir uns entschlossen, das Extra-Blatt Nr. 2, das sich ausschließlich mit dieser Problematik beschäftigt, dem Stachel beizulegen. Auf eigene Beiträge zu dieser Frage haben wir deswegen weitgehend verzichtet.

die Stachel-Redaktion

Augenzeugenbericht

Zur Klärung der genauen Umstände des Todes von Klaus-Jürgen Rattay haben sich mittlerweile eine ganze Reihe von Augenzeugen bei der AL und beim Ermittlungsausschuß gemeldet. Einen dieser Augenzeugenberichte drucken wir hier ab.

Meine Beobachtungen bestehen im folgenden:
Ich kam ca. 1 Minute, bevor der Junge unter den Bus geriet, an die Kreuzung Potsdamer Str./Bülowstr. mit dem PKW heran, die Potsdamer Str. aus Richtung Tiergarten.
Ich kam als meiner Erinnerung nach 3. PKW vor der Kreuzung zum Halten, die Fahrzeuge aus der Gegenrichtung später, dann aber auch, weil aus der Bülowstr. (auch Richtung Nollendorfplatz) Demonstranten in ziemlich hohen Tempo über die Kreuzung gelaufen kamen. Ziemlich kanpp hinterher verfolgende Polizisten mit gezogenen Knüppeln. Etwa 15 Sekunden waren schon Demonstranten auch auf die andere Seite der Potsdamer Str. gelaufen — der Verkehr wurde in keiner Weise durch Polizei gestoppt, sondern nur durch die Selbsttätigkeit der Autofahrer —, da fuhr ein BVG-Bus in der Gegenrichtung zu mir langsam, aber beschleunigend auf die Kreuzung. Mir schien es, als hätte er vorher an der Haltestelle gehalten, darüber kann ich aber keine eindeutige Aussage machen.
Die Demonstranten liefen, von der Polizei verfolgt natürlich weiter, einer geriet dabei auf der Höhe des linken Vorderrades unter den Bus. Ich kann eindeutig bezeugen, daß derselbe Mensch (K.J. Rattay, wie sich später herausstellte) nicht auf die Stoßstange des Busses gesprungen ist und eine Busscheibe zerstört, den Fahrer bedroht hat o.ä.

Der Bus fuhr weiter, statt anzuhalten, Demonstranten und wohl auch unbeteiligte Passanten versuchten den Bus jetzt zum Stehen zu bringen. Bis da-

Inhalt:

Haig-Demo	S.2
Aus dem Parlament	S.3/4
CDU-Sparpolitik	S.5
Lateinamerikatage 82	S.6

die Frontscheiben des Busses heil, 1) sah ich keinen Stein auf den Bus fliegen, 2) konnte ich das dadurch beobachten, wie einige den Bus von der Vorderseite her versuchten aufzuhalten.
Erst nachdem der Bus den Jungen eine Strecke mitgeschleift hatte, die ich auf ca. 60 m geschätzt hätte, wurde er zum Stehen gebracht. Dazu ist festzustellen, daß von denselben Polizisten, die zerbrochene Busscheiben gesehen haben wollen, bevor Rattay unter den Bus geriet, es kein einziger für nötig hielt, das Schlimmste zu verhindern und den Bus, nachdem er den Jungen erfaßt hatte, möglichst schnell zum Stehen zu bringen. Meine Frau sprang dann aus dem Auto, um zu sehen, ob wir dem Jungen helfen könnten, ihn ins Krankenhaus fahren o.ä. Angesichts seines Zustandes konnten wir dann nur dem Fahrer eines in der Nähe stehenden, mit Funkdienst ausgerüsteten Wachmannschaftswagen sagen, er solle so schnell wie möglich den Rettungsdienst alarmieren.

Reinhard Pfriem